

**Verantwortung übernehmen
Zivile Konfliktbearbeitung stärken**

**Preisverleihung der Sievershäuser Ermutigung 2014
an das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD)**

Feierstunde des Antikriegshauses in Sievershausen am 7.12.14 um 16:00



Hintergrundmaterial

Inhalt

Der Preisträger	s. 2
Aktionsplan der Bundesregierung von 2004 "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung"	s. 4
Impuls der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zur Friedenspolitik der Regierung (2012)	s. 5
Frauen in Friedensprozessen	s. 6
Auszüge aus dem Geschäftsbericht 2013 des <i>forumZFD</i>:	s. 8
Kein Beruf wie jeder andere	s. 9
Friedensbildung für Kinder und Jugendliche stärken	s. 11
Arbeitsbeispiel: Gegen die Hoffnungslosigkeit in Mazedonien	s. 12
weitere Organisationen in der Zivilen Konfliktbearbeitung	s. 13

Der Preisträger

Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (*forumZFD*), Köln



Das Forum Ziviler Friedensdienst wurde im Jahr 1996 mit dem Auftrag gegründet, sich für die „Verwirklichung der Idee eines Zivilen Friedensdienstes“ einzusetzen. Das *forumZFD* ist überparteilich und überkonfessionell. Es wird getragen von 37 Mitgliedsorganisationen und etwa 130 Einzelmitgliedern.

Gemäß dem Grundgedanken „Frieden braucht Fachleute“ bietet das *forumZFD* in seiner *Akademie für KonfliktrTransformation* lebens- und berufserfahrenen Menschen Qualifizierungskurse zur Friedensfachkraft und Trainings zu Themen der zivilen Konfliktbearbeitung an. Diese Menschen können dann in konkreten Projekten der zivilen Konfliktbearbeitung in verschiedenen Ländern eingesetzt werden. Auch Menschen aus Konfliktregionen können dank Förderung durch das Land NRW an den Trainings in Köln teilnehmen. Seit 1996 wurden 500 Friedensfachkräfte ausgebildet, der Bedarf ist allerdings weit höher. Darum wird mehr Unterstützung für Qualifizierung und Einsatz, auch von Seiten der Politik, benötigt.

Das *forumZFD* führt Projekte des Zivilen Friedensdienstes in Nahost, auf dem westlichen Balkan und auf den Philippinen durch. Dazu gehören die Aufklärung über die Entstehung und die Konsequenzen gewaltsamer Konflikte, der Aufbau von Dialog zwischen den Konfliktparteien, die Förderung der Zivilgesellschaft und die Reintegration von Flüchtlingen und ehemaligen Kämpfern. So kann geschultes Personal einen Beitrag dazu leisten, ein gewaltfreies Miteinander durch Veränderungsprozesse und Orte der Begegnung wieder zu ermöglichen. Besonders wichtig ist dabei die Fähigkeit, mit lokalen Partnern zusammenarbeiten zu können, die den Frieden im eigenen Land stärken und andere Gruppen für die Idee des Friedens gewinnen wollen.

Innerhalb Deutschlands unterstützen die Fachkräfte des *forumZFD* als "kommunale Konfliktberater" Stadtgesellschaften, die im Kontext von Migration und Strukturwandel Spannungen durchleben.

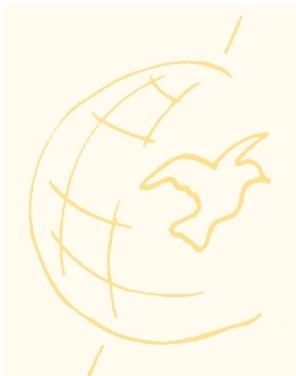
Das *forumZFD* fordert von der Politik in Deutschland und in der Europäischen Union den Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung, denn immer noch beherrscht die militärische Intervention die Diskussion und das Handeln. Statt in die zivile Prävention zu investieren, geben die europäischen Länder ein Vielfaches für militärische Reaktion auf Krisen und Konflikte aus. Die Ausgaben für die Bundeswehr sind seit dem Jahr 2000 um über 40 Prozent auf ca. 32 Mrd Euro angestiegen. Und sie sollen weiter steigen. Für zivile Friedensarbeit wird indessen nur ein sehr geringer Bruchteil dieser Summe veranschlagt.

Konflikte erreichen meist erst dann Aufmerksamkeit bei Politik und Medien, wenn es schon zu spät ist. Dann diskutiert man schnell über den Einsatz der Bundeswehr oder Geldmittel für Wiederaufbau und Nothilfe. Die damit verbundenen Kosten übersteigen die notwendigen Investitionen in eine frühzeitige Prävention bei Weitem.

Das *forumZFD* betreibt eine intensive Öffentlichkeitsarbeit mit Friedensläufen, Kampagnen und Materialien über den Zivilen Friedensdienst, damit in Zivilgesellschaft und Politik sich die Maßstäbe zugunsten der zivilen Konfliktbearbeitung verschieben.

Das *forumZFD* hat das Europäische Netzwerk für zivile Friedensdienste (EN.CPS) mitgegründet und ist Mitglied der globalen Nonviolent Peaceforce.

bisherige Auszeichnungen: Gustav Heinemann Preis 1997; Göttinger Friedenspreis 2005



Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Eine Welt ohne Krieg
und Gewalt ist möglich!

Gesamtkonzept der Bundesregierung vom 12.5.2004: "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung"

Grundsätze und Prinzipien

1. Die Bundesregierung setzt sich für die Entwicklung und Anwendung wirksamer Strategien und Instrumente der Krisenprävention, friedlichen Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung ein. ..
2. Ausgangspunkt für Maßnahmen der Krisenprävention, der Konfliktbeilegung und der Konsolidierung in der Nachkonfliktphase ist ein erweiterter Sicherheitsbegriff, der politische, ökonomische, ökologische und soziale Stabilität umfaßt. Grundlage dafür sind die Achtung der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, partizipatorische Entscheidungsfindung, Bewahrung natürlicher Ressourcen, Entwicklungschancen in allen Weltregionen und die Nutzung friedlicher Konfliktlösungsmechanismen.
3. Krisenprävention, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung müssen zusammen gesehen werden...
4. Zivile Krisen- und Konfliktbewältigung erfordern eine national und international koordinierte, auf die jeweilige Situation zugeschnittene politische Gesamtstrategie, die Instrumente insbesondere der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt-, Kultur- und Rechtspolitik verzahnt. Sie bedarf individueller Lösungsansätze und einer sorgfältigen Koordination, auch zwischen militärischen und zivilen Mitteln. Nichtstaatliche Akteure (Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft, Kirchen u.a.) sollten so weit wie möglich einbezogen werden.
5. Deutschland wird stets in Abstimmung mit seinen Partnern und den Akteuren der internationalen Staatengemeinschaft handeln...
6. Zur Gesamtstrategie gehören die Fortentwicklung des Völkerrechts, die Verrechtlichung der Konfliktaustragung (Internationale Straf- und Schiedsgerichtsbarkeit), Menschenrechtspolitik als vorbeugende Friedenspolitik und die Schärfung des Instruments ziviler Sanktionen. Im Rahmen der Gesamtstrategie ist es die Aufgabe der Entwicklungspolitik, in den betroffenen Partnerländern durch Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse zur Verhinderung und zum Abbau struktureller Ursachen von Konflikten sowie zur Förderung von Mechanismen gewaltfreier Konfliktbearbeitung beizutragen. Ebenso stellen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle wichtige Aspekte und gleichzeitig Instrumente der Krisenprävention dar. Dies gilt besonders für den Kampf gegen die destabilisierende Anhäufung und Verbreitung von Kleinwaffen in zahlreichen Krisenregionen...
7. Für eine kohärente Strategie der zivilen Krisen- und Konfliktbewältigung ist in den jeweiligen Bereichen eine verstärkte Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft sowie ein effektiverer Dialog zwischen nichtstaatlichem und staatlichem Bereich nötig, wie dies u.a. beim Zivilen Friedensdienst in der Entwicklungszusammenarbeit und bei den zivilen Fachkräften des AA angelegt ist.
8. Die Bundesregierung wird eine Kultur der Prävention und des Dialogs fördern. Friedens- und Konfliktforschung müssen gestärkt, internationale Bildungspolitik, Auswärtige Kulturpolitik und Medienpolitik müssen auf den Abbau von Feindbildern, interkulturellen Dialog und friedliche Konfliktlösungsbemühungen ausgerichtet werden.
9. Die Bundesregierung wird abgestimmte Ausbildungsangebote schaffen und die Voraussetzungen für den Einsatz von zivilem Personal in den Bereichen Krisenprävention, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung ausbauen. Ziel ist es, ressortübergreifend und durch Nutzung gesamtgesellschaftlicher Ressourcen qualifiziertes Personal in allen relevanten Bereichen bereitzustellen.

Impuls der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zur Friedenspolitik der Regierung vom 14.12.2012 (Auszüge)

Diese zumindest dem Anspruch nach auf Ausgleich und Prävention bedachte Diplomatie ist in den letzten Jahren einer weitgehend ausgrenzenden Macht- und Sicherheitspolitik gewichen. Die deutsche Außen-, Verteidigungs-, Innen- und Entwicklungspolitik orientiert sich kaum noch erkennbar an friedenspolitischen Werten und Zielen. Stattdessen rücken Sekundärtugenden wie operative Planung, Kohärenz und Vernetzung in den Mittelpunkt. Ziele und Kriterien des Handelns bleiben dabei nebulös und werden tagespolitischen Erfordernissen oder vermeintlichen „nationalen Interessen“ angepasst. Diese Entwicklungen stehen in engem Zusammenhang mit dem nach wie vor herrschenden Wachstumsmodell, das den Raubbau an Ressourcen durch die stärksten Akteure begünstigt und damit soziale Brüche und Konflikte provoziert.

Mit angeblich unvermeidlichen militärischen Interventionen wurde der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln wieder etabliert. Dieser Paradigmenwechsel hat zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr geführt, für die Jahr für Jahr Milliarden aus dem Bundeshaushalt ausgegeben werden. Menschenleben sollen durch Militäreinsätze gerettet werden, gleichzeitig erzeugen diese Einsätze in großem Umfang menschliches Leid.

Konsequent wird die Bundeswehr zur Interventionsarmee umgebaut, zivile Alternativen werden vernachlässigt, abrüstungspolitische Initiativen marginalisiert. Selbst dort, wo – wie in Afghanistan oder am Horn von Afrika – de facto Krieg geführt wird, segnen Parlamentarier nur Regierungsvorlagen ab, die als alternativlos dargestellt werden. Weder fordert das Parlament eine durchdeklinierte krisenpräventive Politik ein, noch verlangt es bei der Zustimmung zu Bundeswehrmandaten eine detaillierte Folgenabschätzung und Evaluation. Die deutschen Rüstungsexporte steigen immer weiter an, selbst in Krisengebiete. Europa schottet sich auf Kosten der Menschenrechte von Flüchtlingen ab. (s.1)

Zeitgleich vollzog sich ein gegenläufiger Prozess: Gesellschaftliche Akteure haben sich Handlungsfelder der zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) erschlossen, politische Entscheidungsträger/innen und staatliche Verwaltung begannen, eine vielfältige Praxis zivilgesellschaftlich verankerter Friedensarbeit zu unterstützen. Die zivilgesellschaftliche Konfliktbearbeitung professionalisierte sich: Verfahren und Instrumente wurden entwickelt, Aus- und Weiterbildungsangebote geschaffen, friedenswissenschaftliche Studiengänge eingerichtet. Mit dem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2004 und der Einrichtung des Bundestags-Unterausschusses „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ im Jahr 2010 entstand ein (wenn auch unzureichender) Raum für die politische Diskussion über krisenpräventive Politik und zivile Konfliktbearbeitung.

Trotz dieser Erfolge ist ZKB als Alternative zu militärischem Eingreifen oder passivem Geschehenlassen auf politischer Ebene nicht wirkungsmächtiger geworden als zum Ende der 1990er Jahre, im Gegenteil: Wir sehen mit Sorge, dass entwicklungs- oder friedenspolitische Begriffe sicherheitspolitisch umgedeutet und Instrumente und Strukturen der ZKB zunehmend Strategien der staatlichen Sicherheitspolitik untergeordnet werden. (s.2)

Die Regierung und die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten bemühen nachträglich wechselnde humanitäre und menschenrechtliche Begründungen, um ihre an einer einseitigen Sicherheits- und Interessenlogik orientierte Politik zu rechtfertigen. Im Sinne einer Friedenslogik müssten hingegen die individuellen und kollektiven Menschenrechte so wie die – laut Art. 1 des Grundgesetzes – unantastbare Menschenwürde Ausgangspunkt und Kernkriterium politischer Entscheidungen sein. Organisationen der Arbeitsfelder Humanitäre Hilfe, Frieden, Entwicklung und Menschenrechte engagieren sich daher für die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, die Reduktion von Gewalt, die Förderung dauerhafter Gerechtigkeit und emanzipatorischer Entwicklungsprozesse sowie das Primat ziviler Konfliktbearbeitung. Diese Kriterien sind realitätstauglich, daher treten wir dafür ein, sie in Institutionen und Verfahren präventiver Politik zu verankern. (s.3)

Frauen in Friedensprozessen

Häufig Opfer von Krieg und Gewalt, sind es oft Frauen, die sich für den Frieden engagieren
von Dagmar Helmig

200 in der Friedensfarbe Weiß gekleidete Frauen belagerten während der Friedensverhandlungen zwischen den liberianischen Warlords in der ghanaischen Hauptstadt Accra im Jahr 2003 das Gebäude. Die „Frauen in Weiß“ hinderten die männlichen Verhandlungsteilnehmer daran, das Gebäude zu verlassen und erzwangen so die Fortführung der Friedensverhandlungen. Ins Leben gerufen hatte diese Sitzblockade Leymah Gbowee, die für ihr Engagement im Jahr 2011 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Nicht nur in Liberia sind es besonders Frauen, die sich für Frieden einsetzen. Frauen und Mädchen sind heute in Kriegen und gewaltsamen Konflikten häufiger Opfer als Männer. Waren vor 100 Jahren rund 90 Prozent aller Kriegsoffer Soldaten und Soldatinnen, hat sich das Verhältnis seitdem umgekehrt. 90 Prozent aller Opfer von Kriegshandlungen sind heute Zivilist/innen. Frauen und Mädchen werden in Konflikten massenhaft Opfer von Vergewaltigungen, sie machen auch die Mehrheit der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen weltweit aus.

Man könnte daraus ein besonderes Interesse der Frauen an Frieden und der Beendigung von Kriegen ableiten. Zumal einzelne Männer durchaus von Kriegen profitieren. „Ein Warlord hat ganz offen gesagt, er werde erst mit dem Kämpfen aufhören, wenn ihm ein lukrativer Posten zugesichert werde – der Krieg, das war für die ein Weg zu Macht und Geld“, erinnert sich Leymah Gbowee an die Verhandlungen.

...

„Weltweit sind es mehrheitlich Frauen, die in der Friedens- und Versöhnungsarbeit engagiert sind“, erklärt Ute Scheub, Journalistin und Autorin eines Buches über Beispiele erfolgreicher gewaltfreier Konfliktbearbeitung. „Frauen nutzen geschickt ihren gesellschaftlichen Minderstatus, um den Dialog mit dem ‚Feind‘ aufzunehmen und Brücken zu bauen. Ein Beispiel dafür ist der Jerusalem Link. In den achtziger Jahren, als noch jeder politische Kontakt zwischen beiden Bevölkerungsgruppen verboten war, trafen sich Palästinenserinnen und Israelinnen an geheimen Orten in Jerusalem. Sie wurden nicht verhaftet, sie waren ja ‚nur Frauen‘“, betont Ute Scheub.

Eine andere bekannte Gruppe, in der ausschließlich Frauen als Friedenstifterinnen aktiv sind, sind die ‚Women in Black‘, die Frauen in Schwarz, eine Bewegung, die unter anderem in Israel, in Serbien und Kolumbien tätig ist.

Was macht diese Frauen aus, was bewegt sie? Nach Meinung von Cate Buchanan vom Genfer Zentrum für Humanitären Dialog (ZHD) sind Frauen die besseren Friedensstifter/innen. „Frauen hören eher zu anstatt zu reden, und viele von ihnen erwarten auch nicht, durch Friedensgespräche Macht oder eine politisch einflussreiche Position zu bekommen“, erklärt sie. „Viele Männer aber klammern sich an ihre Posten – oder sie nutzen die Zurückhaltung mancher Frauen aus, um sie mit ihren Forderungen zu überfahren. Es ist wichtig, dass Frauenrechte auf den Tisch kommen und Belange von Frauen in allen Bereichen berücksichtigt werden“, sagt Buchanan.

Einige Gründe, warum Frauen Kriegen kritischer gegenüberstehen, nennt auch Ute Scheub: „Frauen sind nicht die besseren oder friedlicheren Menschen, aber sie agieren in anderen sozialen Rollen. Frauen kommt in fast allen Gesellschaften die Rolle zu, für die Kinder und die Alten und für das Überleben der Familie zu sorgen, auch im Kriegsfall, sie [...] müssen Kriegsverwundete und Kranke pflegen. Im Konfliktfall haben sie nichts zu gewinnen (so wie die Männer: Orden, Land, Frauen ...) und umso mehr zu verlieren.“

Ein wichtiger Erfolg für eine stärkere Einbindung von Frauen in Friedensprozesse war die Verabschiedung der Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ des UN-Sicherheitsrats im Oktober 2000. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde ein völkerrechtlich bindender Beschluss gefasst, der Frauen an Entscheidungen über Krieg und Frieden beteiligt und die Geschlechterperspektive berücksichtigt. Frauen können „in erheblichem Maße zur Wahrung und Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen“, heißt es in der Resolution. Darüber hinaus wird der Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikten sowie die Integration einer Geschlechterperspektive in allen Bereichen der UN-Friedenssicherungsansätze eingefordert.

Israel & Palästina: „Machsom Watch“	Liberia: Die ‚Frauen in Weiß‘	Serbien: Die „Frauen in Schwarz“
<p>Es sind rund 300 Frauen, die eine ungewöhnliche Rolle einnehmen – dort an der Grenze zwischen Israel und Palästina. „Machsom Watch“ (hebräisch: Barriere, Hindernis, Maulkorb) oder „Checkpoint Watch“ nennt sich die israelische Frauenorganisation, die Grenzposten der israelischen Armee in der Westbank beobachtet und etwaige Unregelmäßigkeiten oder Rechtsverletzungen öffentlich macht.</p> <p>„Machsom Watch“ wurde 2001 von drei Frauen gegründet – Ronnee Jaeger, Adi Kuntsman und Yehudit Keshet – als Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen gegenüber Palästinensern und Palästinenserinnen an israelischen Checkpoints. Das Ziel von „Machsom Watch“ ist es, dass Frauen „Zeugnis ablegen“, indem sie ihre Beobachtungen von Menschenrechtsverletzungen dokumentieren.</p> <p>„Machsom Watch“ erhielt im Jahr 2004 den Emil- Grünzweig Menschenrechtspreis der Vereinigung für Bürgerrechte und wurde im Jahr 2008 mit dem Aachener Friedenspreis für ihren „vorbildlichen Einsatz von unten für den Frieden und für eine zivile und gewaltfreie Lösung von Konflikten“ ausgezeichnet.</p>	<p>Leymah Gbowee erlebte den liberianischen Bürgerkrieg, der zwischen 1989 und 2003 hunderte tausende Menschenleben kostete, als junge Frau und arbeitete während des Kriegs bereits als Sozialarbeiterin und später als Traumatherapeutin. Mit den „Frauen in Weiß“ veranstaltete sie öffentliche Proteste für eine Friedenslösung. Am Ende des Bürgerkriegs organisierte sie öffentliche Treffen zwischen Christinnen und Muslimas, die gemeinsam für eine friedliche Zukunft Liberias beteten – die erste liberianische Frauenbewegung für den Frieden.</p> <p>Im Jahr 2006 gründete Gbowee das westafrikanische Frauennetzwerk für Frieden und Sicherheit (WISPEN), das sich für eine stärkere Beteiligung von Frauen bei Armee reformen und Friedensprozessen in der Region einsetzt. In ihrer Autobiografie „Mighty Be Our Power“ erzählt Gbowee von der Geschichte der Frauen in Weiß: „Sie handelt von einer Armee von Frauen in Weiß, die aufstanden, als es sonst niemand tat; furchtlos, weil die schlimmsten vorstellbaren Dinge uns bereits passiert waren.“</p>	<p>Aus Protest gegen die Politik des Milošević- Regimes gründete am 9. Oktober 1991 eine Handvoll Aktivistinnen die Gruppe „Women in Black“. Seitdem protestieren ihre Mitglieder auf Belgrads Straßen gegen Nationalismus, alle Formen von Gewalt und Diskriminierung sowie patriarchaler Machtstrukturen. Ziel der unzähligen Aktionen ist es, die Gesellschaft aufzufordern, sich mit der Vergangenheit und den eigenen Verbrechen auseinanderzusetzen. Eine Art Markenzeichen der Gruppe, der sich später auch Männer anschlossen, sind ihre Mahnwachen, die sie - immer in schwarz gekleidet und schweigend - bis 1996 wöchentlich abhielten. Ein Anlass, der die „Women in Black“ jedes Jahr wieder auf die Straße bringt, ist das Gedenken an die über 8.000 Menschen, die im Juli 1995 von der bosnisch-serbischen Armee in Srebrenica ermordet worden. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf die Gruppe, die jüngste Attacke passierte am 8. Juli.</p>
		

(aus Magazin III-2014 des forumZFD)

Auszüge aus dem Geschäftsbericht 2013 des *forumZFD*:

„Den Kampf gegen Gewalt und die Menschheitsgeißel Krieg verstehen wir als unseren Auftrag. Wir wissen, dass mit dem, was wir tun, in Projekten in Krisengebieten, mit der Ausbildung von Fachleuten für den Frieden, mit friedenspädagogischen Materialien, die wir in Schulen einsetzen und mit politischen Aktionen, die unseren Forderungen Stimme verleihen, der Krieg noch nicht besiegt ist.

Aber mit diesen Schritten auf allen Gebieten und durch die von immer mehr Menschen geteilte Erkenntnis, dass unsere Zukunft nur im Miteinander, in mehr Zusammenarbeit, in der Heilung vergangener Verletzungen und Demütigungen und in der Entwicklung gemeinsamer Sicherheit liegen kann, wird die Überzeugungskraft der friedenspolitischen Argumente sich weiter fortsetzen.

Und für diesen Paradigmenwechsel treten wir nachdrücklich ein, weg von einem auf einseitige Sicherheit fixierten Denken hin zu einem an friedenslogischem Verstehen orientierten Handeln. Für diesen Wandel wollen wir mehr und mehr Verantwortung übernehmen. Das vergangene Jahr hat uns in dieser Hinsicht weiter gebracht.“

„Deutschlands - angesichts seiner Größe und Wirtschaftsstärke - gewachsene globale Verantwortung wurde in den letzten Monaten in groß angelegten Diskursen erörtert. Ein Anstoß waren Reden auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Januar, die überwiegend als Aufruf zu mehr militärischem Engagement interpretiert wurden. Bundespräsident Gauck wiederholte diese Position später noch in Interviews.

Unstrittig erscheint uns der Gedanke, dass Deutschland international mehr Verantwortung übernehmen muss – als zivile Gestaltungsmacht. Hier vermissen wir das deutliche Wort des Bundespräsidenten. Höchst problematisch empfinden wir die erneute Verengung deutscher Verantwortung auf die militärische Option, insbesondere auf die „ultima ratio“-Frage, also der militärischen Nothilfe nach dem Scheitern aller andern Optionen. Es scheint, dass mit dieser Debatte ein stärkeres deutsches Militäengagement vorbereitet werden soll.“

„In siebzehn Jahren wurden in der *Akademie für Konflikttransformation* Fachleute für den Frieden ausgebildet. Sie alle stellen ihr Wissen und ihre Erfahrung in den Dienst der konstruktiven Bearbeitung von Konflikten. Ein gesellschaftlicher Schatz, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann und der weiter wächst.“

„In den meisten Regionen, in denen wir mit Projekten engagiert sind, konnten wir unsere öffentliche Wahrnehmung deutlich steigern. Daraus entstanden neue Kooperationen und Anfragen von Organisationen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Auch im friedensfachlichen Konfliktbearbeitungs-Diskurs unter den Fachorganisationen und in der politischen Öffentlichkeit sind wir so präsenter. Beispiele dafür sind der Newsletter „Fokus.Westbalkan“, unsere Präsenz auf facebook in den Philippinen oder auch die Lehrmaterialien zu „lets get trained“ im Libanon. Für das kommende Jahr werden neue Projekte in Kambodscha und im Süd-Sudan geprüft.

In den Vorschlägen für die Post 2015-Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen wird Frieden erstmals als Nachhaltigkeitsfaktor definiert. Wir planen dazu verschiedene Veranstaltungen, das Thema Frieden wird so stärker mit dem Entwicklungsthema verbunden.“

„Die Rüstungsindustrie ist eine der
größten Gefährdungen der Menschheit.“

Albert Einstein

Kein Beruf wie jeder andere

Ein Tag im Leben des Konfliktberaters Hagen Berndt, der das Projekt des forumZFD in Osterholz-Scharmbeck leitet. (quelle: <http://www.forumzfd.de/node/716>)

Früh am Morgen

Der Arbeitstag von Hagen Berndt beginnt viel zu früh, wenn man bedenkt, dass er erst am Tag zuvor aus dem **Kongo** zurückgekommen ist. Um sechs Uhr morgens fährt der 51-Jährige nach Osterholz-Scharmbeck, wo das Forum Ziviler Friedensdienst in Zusammenarbeit mit der Stadt ein Projekt der „Kommunalen Konfliktberatung“ durchführt.

„In meiner Beratungsarbeit in Deutschland profitiere ich sehr von meinen **Erfahrungen** in der Konfliktbearbeitung im Ausland. Die Arbeit in sehr unterschiedlichen Konflikten schärft den Blick für das Wesentliche in Konflikten – ethnische Faktoren spielen meist nur vordergründig eine Rolle“, erklärt Hagen Berndt.

Eskalation

Seit Jahren gibt es in **Osterholz-Scharmbeck**, einer Stadt mit 30.000 Einwohnern im Großraum Bremen, Konflikte in einem Viertel am Stadtrand. In den Wohnblöcken der Drosselstraße, in den siebziger Jahren für US-Soldaten und ihre Familien gebaut, leben heute etwa 700 Menschen. Neben alt eingesessenen sind es überwiegend kurdische, libanesische, syrische und albanische Familien, die wegen der großen **günstigen Wohnungen** hier hergezogen sind. Im Laufe der Jahre entstand so eine Enklave mit eigenen Regeln des Zusammenlebens. Die übrige Stadtgesellschaft interessierte sich kaum für diese Menschen und ihre Probleme. Erst als Auseinandersetzungen jugendlicher Banden mit der Polizei, die gegen **Drogendelikte** und Einbruch vorging, zu einer Gewalteskalation führten, merkte die Stadt auf. Schlägereien zwischen Familienclans und brennende Polizeiwagen waren Höhepunkte der Eskalation in der Drosselstraße.

Routine gibt es nicht

An diesem Morgen steht im Rathaus ein Treffen des **Präventionsrates** an, einem Gremium aus den Spitzen von Stadt, Landkreis, Polizei und Justiz. Ein heikles Thema steht auf der Tagesordnung. Hagen Berndt wird seine Erkenntnisse vorstellen, warum die verschiedenen **Maßnahmen**, die in den letzten zehn Jahren ergriffen wurden, keine sichtbaren Erfolge brachten. Er gibt zu, dass er auch nach über zwanzig Jahren Berufserfahrung vor Terminen dieser Art immer etwas angespannt sei. „Man kann bei solchen Sitzungen viel kaputt machen. Routine gibt es da nicht, weil es immer um die Menschen geht, die hier verantwortlich sind, und um ihre Zukunft.“

Einige Mitglieder des Präventionsrates setzen das Gespräch bei einem anschließenden gemeinsamen Mittagessen fort. Stadtdezernent Torsten Rohde zollt dem Konfliktberater **Respekt** für seine Arbeit. „Es ist erstaunlich, wie viel die Leute Ihnen hier erzählen“, sagt der Kommunalbeamte anerkennend. „Ich fühle mich hier auch fast schon zu Hause“, erwidert Berndt. Seit einem Jahr kommt er regelmäßig her, um die niedersächsische Gemeinde zu unterstützen. Auf der Grundlage von **Gesprächen** mit allen Personen und Institutionen, die mit den Problemen in der Drosselstraße zu tun haben, erarbeitet er eine Situationsanalyse. Er führt Interviews mit Anwohnern, berät Schlüsselpersonen der kommunalen Verwaltung, organisiert Workshops. Sorgfältig überprüft er auch bereits laufende Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit. Im letzten Schritt geht es darum, **Handlungsperspektiven** für die Zukunft zu entwickeln. „Ich sehe den Präventionsrat in einer Schlüsselrolle. Die Chefs müssen die gemeinsame Strategie jetzt in ihre Behörden tragen“, erklärt Berndt seinem Tischnachbarn, dem Kreisdezernenten Richard Eckermann. Das zunächst einjährige Beratungsprojekt in Osterholz-Scharmbeck wird auch in den nächsten Jahren weitergeführt, um die besprochenen Handlungsansätze umzusetzen.

Persönlicher Wendepunkt

Mit 21 reiste Hagen Berndt im Rahmen einer internationalen Jugendbegegnung nach **Ägypten**. Es war das Jahr 1981. Als er zufällig beobachtete, wie ein Referendum von Regierungsstellen gefälscht wurde, verhafteten Zivilpolizisten den jungen Deutschen. Einen Tag lang wurde er verhört. Obwohl die Beamten ihm keine körperliche Gewalt antaten, wurde dieser von Angst geprägte Tag zu einem **Wendepunkt**. „Damals dachte ich: Wenn ich hier jemals rauskomme, dann engagiere ich mich viel politischer als bisher.“

Nach dem Studium der Indologie, Islamwissenschaft und Kommunikationsforschung sowie politischem Engagement für Amnesty International und das Thema „Gewaltfreie Aktion“ zog Hagen Berndt nach Südasien. In **Indien** begegnete er Narayan Desai, dem Sohn von Mahatma Gandhis Privatsekretär und einer der Mitbegründer der Peace Brigades International. Von ihm lernte er, dass Konflikte nur nachhaltig bearbeitet werden können, wenn **Machtverhältnisse** analysiert und Gerechtigkeit hergestellt werden. Wieder in Deutschland, arbeitete er an lokalen Programmen zur Gewaltprävention in Schleswig-Holstein und Thüringen mit. Seit 1998 bringt Berndt seine Erfahrungen in verschiedenen Konfliktfeldern im In- und Ausland auch beim *forumZFD* ein.

Bildungscampus statt Jugendhaus

Das **Jugendhaus** am Pumpelberg liegt nur einen Steinwurf entfernt von der Drosselstraße. Berndt hat sich hier am Nachmittag mit Mahmud Torun*, einem Bewohner der Drosselstraße, verabredet. Torun schildert seine Sicht der Dinge. Es sind manchmal **banale Streitigkeiten** unter Nachbarn, die in der Drosselstraße das Fass zum Überlaufen bringen. Grillen auf der Wiese, verschmierte Wände, kaputte Haustüren. Berndt hört aufmerksam zu, notiert, fragt behutsam nach. Torun deutet auf einer Gruppe Zehnjähriger, die Monopoly spielen. „Für die muss man etwas ändern, bei den Älteren ist es zu spät.“

Die großen Jungs spielen Karten. Währenddessen berichtet Berndt der Leiterin und dem Streetworker des Jugendhauses bei einem Kaffee von den letzten Gesprächen. Und er erfährt **Neuigkeiten** aus dem Viertel: Am Abend zuvor waren sieben Jugendliche wegen Drogenbesitzes und Sachbeschädigung vorübergehend in Gewahrsam genommen worden. Der **Jugendarbeiter** Hafid Catruat, ein junger Deutscher marokkanischer Herkunft, kennt sie. Er weiß auch, dass alle eine abgeschlossene Ausbildung haben. In das gängige **Klischee** von der Bildungsferne passen sie nicht.

Das Jugendhaus am Pumpelberg soll geschlossen werden. Ein Bildungscampus soll in Osterholz-Scharmbeck künftig neben Schulen, Mensa und Bibliothek auch Freizeitangebote bereitstellen. Im Rathaus unterhält sich Berndt am Abend mit Wilfried Pallasch, Abgeordneter im Stadtrat. Thema ist auch das Angebot der Stadt für **Jugendliche**. „Die Arbeit im Jugendhaus ist **sehr wichtig**“, glaubt Berndt. Das wird er auch in seinem Bericht für die Verantwortlichen der Stadt unterstreichen.

André Madaus



Friedensbildung für Kinder und Jugendliche stärken

■ Gemeinsame Erklärung der Vorstände der EAK und der AGDF

September 2014 - Die Vorstände der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) fordern eine Stärkung der friedenspolitischen Bildung und kritisieren die Werbung der Bundeswehr bei Kindern und Jugendlichen.

Anlässlich des neuen Schuljahres weisen sie darauf hin, dass Frieden explizit Bestandteil des Schulunterrichtes sein muss. Die derzeitigen kriegerischen Konflikte beschäftigen Schülerinnen und Schüler. Die Vorstände von EAK und AGDF fordern, dass in der Auseinandersetzung mit den Krisen in Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit insbesondere Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung aufgezeigt werden.

Die Anwendung von Gewalt ist vielfach Normalität – ob in Konflikten in der Welt oder in unserer Gesellschaft. Möglichkeiten gewaltfreien Handelns sind weniger gut bekannt, werden ignoriert oder es fehlt an „Übung“. Das wäre aber notwendig zu einer Gewissensbildung.

Jugendoffiziere in Uniform vermitteln in Schulen eine Normalität von militärischen Interventionen. Die Vorstände von AGDF und EAK fordern, dass Friedensbildung in der Verantwortung der Pädagoginnen und Pädagogen bleibt. Dabei sollten auch Tragweite und Konsequenzen der Entscheidung für den Soldatenberuf und den Einsatz von Waffen zur Sprache kommen.

Bei einem Werbeetat von mittlerweile 30 Mio. Euro im Jahr versucht die Bundeswehr mit Camps, Sportwettbewerben, Artikeln in Jugendzeitschriften und durch Einladungen von Gruppen in Kasernen bei jungen Menschen Abenteuerlust und Technikbegeisterung zu wecken. Karrieretrucks werben im direkten Umfeld von Schulen mit attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten und „sicheren Arbeitsplätzen“.

Wie auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes kritisieren die Vorstände von EAK und AGDF Werbekampagnen, die speziell auf Kinder ausgerichtet sind, und die Präsenz von Bundeswehrsoldaten an Schulen. Sie fordern die Bundesregierung auf, auf die Rekrutierung von Minderjährigen zu verzichten.

[Quelle: AGDF](#)



„Friedensarbeit ist sehr, sehr schwer, viel schwerer als Krieg“

Sumaya Farhat-Naser, Preisträgerin des Augsburger Friedenspreises 2000

Arbeitsbeispiel

Gegen die Hoffnungslosigkeit in Mazedonien

von Dagmar Helmig

„Viele junge Leute gehen weg aus Mazedonien, weil sie keine Hoffnung sehen. Ich aber will hier bleiben, denn ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass sich etwas ändern kann in Zukunft. Mein Ziel ist, dass in diesem Land alle unterschiedlichen ethnischen Gruppen friedlich zusammen leben“. Um ihrem Ziel näher zu kommen, hat Anita Avramovska am diesjährigen Mediationstraining in Bitola teilgenommen, das vom forumZFD und dem Community Center Kičevo veranstaltet wurde.

In der Gemeinde im Südwesten von Mazedonien spiegeln sich wie an nur wenigen anderen Orten des Landes die Herausforderungen für ein friedliches Zusammenleben von mazedonischer und albanischer Bevölkerung wider. In Kičevo leben rund 54% Albaner/innen und 35% Mazedonier/innen. Erst im vorigen Jahr wurde hier die im Friedensabkommen von 2001 beschlossene Dezentralisierung durchgeführt, in deren Folge die albanische Bevölkerung nun die Mehrheit in der Gemeinde bildet und dementsprechend wichtige Posten in Lokalpolitik und -verwaltung besetzt. Eine Veränderung, die neue Ängste schürt und zu Konflikten führt. Das zu verhindern haben sich Anita Avramovska und die anderen angehenden Mediator/innen zum Ziel gesetzt.

In der bunt gemischten Gruppe findet sich der Vorsteher eines kleinen Dorfes genauso wie ein Polizist, eine Sozialarbeiterin, ein Jurist, Lehrer oder ehemalige Armeeeingehörige – Albaner neben Mazedonierinnen. Viele kennen sich von früheren Treffen und sind mittlerweile freundschaftlich verbunden – egal, welcher ethnischen Gruppe sie angehören. Und das wollen sie auch für das ganze Land erreichen. Was nicht selbstverständlich ist. „Wir wollen Konflikte verhindern, wollen, dass Kinder Kinder sein können, die ethnischen Gruppen friedlich miteinander umgehen und wir unsere Vergangenheit aufarbeiten“, betont die 32jährige Anita Avramovska.

„Es ist normal, dass Konflikte unser Leben bestimmen – wir müssen einfach wissen, wie man damit umgeht“, erklärt Trainerin Nora Maliqi im Seminar. „Ich finde, die Konflikte sind weniger geworden, wir können mittlerweile besser miteinander umgehen“, erklärt der 69jährige Idris Tairi, der die erlernten Techniken in seinem Dorf anwendet. 90 Mediator/innen hat das forumZFD mittlerweile in Mazedonien ausgebildet, diese arbeiten in Gemeinden, Schulen, Familien und bei Gericht.

(aus Magazin II-2014 des forumZFD)

weitere Organisationen, die sich in
Ziviler Konfliktbearbeitung engagieren

(ohne Anspruch auf Vollständigkeit)



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN
PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE

Nonviolent Peaceforce



Projekt Alternativen zur Gewalt



Bund für soziale Verteidigung



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.

KURVE Wustrow

Bildungs- und Begegnungsstelle für gewaltfreie Aktion e.V.



Brot
für die Welt

Internationaler Christlicher Friedensdienst



Peace Brigades International
making space for peace



Internationaler Versöhnungsbund

Seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg





Impressum:

***Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen
und über Friedensarbeit Sievershausen e.V.***

*Kirchweg 4A 31275 Lehrte-Sievershausen
info@antikriegshaus.de Tel: 05175-5738*

Bankverbindung: Evangelische Bank

IBAN: DE13 5206 0410 0000 0060 76

Inh: KKA Burgdorfer Land

Zweck: Dokumentationsstätte

Stiftung Frieden ist ein Menschenrecht

c/o Antikriegshaus

Kirchweg 4A 31275 Lehrte-Sievershausen

Tel: 05175-5738

